

„AlarmstufeRot“ bei Olaf Scholz

Die Veranstaltungsbranche leidet nach wie vor unter den Corona-Einschränkungen. Zwar dürfen wieder Zuschauer an verschiedenen Veranstaltungen teilnehmen, allerdings in einer Zahl, die kaum kostendeckend ist.



Foto: Alexander Franz

„In unseren zahlreichen Gesprächen mit der Politik fordern wir regelmäßig weitreichende Korrekturen an den staatlichen Programmen im Sinne der Veranstaltungswirtschaft. Deutlich gemacht haben wir das zusammen mit anderen Vertretern der Veranstaltungswirtschaft auch in unserem Gespräch bei Bundesfinanzminister **Olaf Scholz** in Berlin.“, heißt es in einer Pressemitteilung.



Foto: Alexander Franz

„Ausführlich dargelegt haben wir, wo die beachtlichen Überbrückungspakete der Bundesregierung nicht passgenau sind für die Rettung der Unternehmen des Veranstaltungsbereichs und welche Optimierungen erforderlich sind. Unsere Forderungen: Der Zugang für kleinere und mittlere Betriebe muss weiter geöffnet werden. Marktübliche nachgewiesene Kosten müssen bis zu 80-90 Prozent erstattet werden. Eigenleistungen von Unternehmer*innen müssen als förderfähig anerkannt werden, vor allem um den kleinen Unternehmen und Soloselbständigen Einzelunternehmer*innen über die Krise zu helfen.

Veranstaltungskosten, die wegen — durch Abstandsvorschriften — reduzierten Kapazitäten anfallen,

müssen ersetzt werden ebenso wie dadurch entstehende Verluste. Die bestehenden Kreditprogramme müssen unter anderem durch Verlängerung der Rückzahlungsfristen angepasst werden.

Entgangene Vermittlerprovisionen — z.B. von Künstleragenturen — müssen als Fixkosten anerkannt werden, wie es bereits bei den Reisebüros der Fall ist. Der steuerliche Verlustvortrag muss ausgeweitet, die Antragstellung erleichtert werden.

Zudem brauchen Veranstalter für die Zukunft einen Ausfallfonds für erneute pandemiebedingte Veranstaltungsausfälle, da Versicherungen derartige Risiken nicht mehr übernehmen.

„In einigen Hilfsprogrammen wie den Überbrückungshilfen ist noch Luft, weil sie weniger stark als befürchtet beansprucht wurden. Dies erlaubt maßgeschneiderte Programme etwa für die Veranstaltungswirtschaft“, stellt **Olaf Scholz** nun in Aussicht. Der Regierung sei die besondere Betroffenheit der Branche bewusst.

Sein Ministerium werde die unterbreiteten Vorschläge und deren mögliche Umsetzbarkeit sorgfältig prüfen. Dazu will er bereits kurzfristig ein Folgegespräch mit unserer Branche führen.

Die Gesprächsrunde war hochkarätig besetzt. Neben **Olaf Scholz** nahmen auch seine Staatssekretäre **Sarah Ryglewski** und **Wolfgang Schmidt** sowie der Chef der Taskforce-Coronahilfe, **Dr. Holger Fabig**, teil. Die „AlarmstufeRot“ wurde von **Sandra Beckmann**, **Christian Eichenberger** und **Christian Seidenstücker** vertreten.

Des Weiteren saßen am Verhandlungstisch **Prof. Jens Michow** vom Bundesverband der Konzert und Veranstaltungswirtschaft e.V., **Patrick Arens** vom Bundesverband Solare Mobilität e.V., **Timo Feuerbach** vom Europäischen Verband der Veranstaltungszentren e.V., **Jan Kalbfleisch** vom FAMAB Kommunikationsverband e. V., dem Fachverband für Messebauunternehmen, Marketing-/Eventagenturen, Messearchitekten und -designer, Eventcatering-Unternehmen sowie jeweils deren Fach-Zulieferanten, **Marcus Pohl** von der Interessengemeinschaft selbständige Dienstleiter/innen in der Veranstaltungswirtschaft e.V. und **Helge Leinemann** vom Verband für Medien- und Veranstaltungstechnik e.V.

Bleibt zu hoffen, dass nach dem Gespräch mehr passiert, als das milde Lächeln des Finanzministers befürchten lässt. In der Veranstaltungswirtschaft sind rund 1,5 Mio. Menschen tätig. Die Branche liegt mit einem Umsatz von knapp 130 Mrd. Euro auf Platz sechs, hinter dem Kraftfahrzeugbau und noch vor dem Bauhauptgewerbe.

Ed Koch